

Das DDR-Kabinett-Bochum lädt ein:



„War die DDR ein Unrechtsstaat? – Ist die BRD ein Rechtsstaat?“

Das Wort „Unrechtsstaat“ bezeichnet, ebenso wie das des „Schurkenstaates“, keinen völkerrechtlich definierten Begriff. Es sind Worte, mit denen gegnerische Staaten nicht absichtslos denunziert werden. Ist das Urteil gefällt, dann kann mit ihren Repräsentanten und Bürgern nach Belieben verfahren werden. „Unrechtsstaat“ – das klingt nach illegitimer Herkunft. Als wäre die DDR etwas gewesen, was nicht hätte sein dürfen. Die DDR war jedoch in gleicher Weise wie die BRD völkerrechtlich legitimiert. Schon auf dem 15. Richtertag 1991 hat der damalige Justizminister Kinkel gefordert, den Richtern und Staatsanwälten müsse es gelingen, die DDR zu delegitimieren, sie als Unrechtsstaat und zweite deutsche Diktatur zu denunzieren.

Die folgenden Prozesse gegen Bürger der DDR waren und sind Beleg dafür, dass die bundesrepublikanische Justiz diesem politischen Auftrag unter Ausblendung völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Grundsätze (das Rückwirkungsverbot und die Staatenimmunität) folgte. Insgesamt wurden ca. 100.000 Bürger der DDR mit grossem juristischen und medialem Aufwand verfolgt, verleumdet und an den Rand der sozialen Existenz gedrängt. Weil sie alle Unrecht taten? Von den Beschuldigten wurden 1.500 angeklagt. Verurteilt wurden letztlich 800 Personen. Ein doch eher mageres juristisches Ergebnis. Der politische Zweck jedoch scheint erreicht: es wurden Repräsentanten der Parteien und des Staates, Juristen, Geheimdienstmitarbeiter, Polizisten, Sportfunktionäre, Grenzer und Armeeingehörige kriminalisiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Sie hatten alle eines gemeinsam: sie haben ein Rechtssystem mitgestaltet und geschützt, das in zentralen Bereichen wie Straf-, Arbeits-, Sozial- und Familienrecht den Bürgern der DDR weit mehr Transparenz und Rechtssicherheit bot, als dasjenige der BRD. Ziel war also nicht die Verfolgung von individuell begangenen Straftaten, sondern die Zerstörung eines gesellschaftlichen und sozialen Systems, deren Vorteile hier schnell vergessen gemacht werden sollen. Vergessen gemacht werden soll aber auch Unrecht, dass die Geschichte der Bundesrepublik bestimmte: Braune Vergangenheit, KPD-Verbot, Verfolgung von Demokraten, Sozialisten, Kommunisten und Berufsverbote.

Mit dieser Veranstaltung wollen wir nachweisen, dass die Rede von der DDR als Unrechtsstaat nur denjenigen nützt, die alle heutigen Probleme allein dem Erbe der DDR anlasten wollen und die eine Diskussion über Fehler im sogenannten Einigungsprozess mit allen Mitteln verhindern wollen. Wir wollen auch die Aufmerksamkeit auf das lenken, was nicht nur real zerstört, sondern auch als Erinnerung in den Köpfen der Menschen beseitigt werden soll: Der Versuch in 40 Jahren ein sozialistisches Gegenmodell zum Kapitalismus zu entwickeln.

Wir laden deshalb herzlich zu unserer öffentlichen Podiumsdiskussion mit folgenden Referenten ein:

RA Hans Bauer (Vors. der GRH e.V., Berlin) , **Günter Leo** (Oberst a.D., Berlin)

Moderation: Peter Wolter (Journalist, Junge Welt)

Freitag, 15. April 2011 um 19:00 Uhr

im Stadtteilzentrum Dahlhausen IFAK – Am Ruhrort 14 – 44879 Bochum
(nähe Eisenbahn-Museum Bochum-Dahlhausen)

Ein umfangreicher Bücher- und Infotisch zum Thema wird ebenfalls vorhanden sein.